

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2566



Aktion Kinder- und Jugendschutz

AKJS SH e.V. | Flämische Straße 6-10 | 24103 Kiel
Innen- und Rechtsausschuss
Des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Herr Jan Kürschner
innenausschuss@landtag.ltsh.de

Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein
e.V.

Flämische Straße 6–10
24103 Kiel

Tel: 0431 | 26068-78
Fax: 0431 | 26068-76
info@akjs-sh.de
www.akjs-sh.de

Stellungnahme zur Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus Drucksache 20/1319

Kiel, 8. Januar 2024

Sehr geehrter Herr Kürschner,
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses,

Die Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) ist landesweiter Träger des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und Fachstelle für Prävention. Eine generelle Förderung als landesweite Einrichtung des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes u.a. im Kontext der Gewaltprävention/ Vermeidung von Rechtsextremismus, Stärkung der Konfliktfähigkeit/ des demokratischen Verhaltens und der Medienkompetenzverbesserung findet daher über die institutionelle Förderung des Landesministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung statt. Sie ist darüber hinaus als außerschulischer Bildungsträger mit ihren Projekten Regionale Beratung gegen Rechtsextremismus, Fachstelle für Demokratiepädagogik und Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage intensiv mit vielen Themen vertraut, die im Landesaktionsplan gegen Rassismus (LAP) verhandelt werden.

Grundsätzlich begrüßt die AKJS die Implementierung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und begleitet einzelne Maßnahmen kritisch konstruktiv. Besonders positiv hervorzuheben sind die Informationsveranstaltungen zum Landesaktionsplan für Verwaltung und auch die breite Öffentlichkeit, deren öffentliche Wahrnehmung positiv waren und Schleswig-Holstein als weltoffenes Bundesland präsentiert haben. Vom Landesaktionsplan sollte eine Signalwirkung ausgehen, dass die Verwaltung anerkannt hat, dass sie sich selbst rassismuskritisch reflektiert und etwa aktuelle Debatten wie die Entfernung des Begriffs „Rasse“ (sic!) aus der Landesverfassung und ausführenden Landesgesetzen und -verordnungen aufnimmt. Es handelt sich um ein beispielhaftes „Auf den Weg machen.“ Das ist unserer Ansicht nach gelungen.

Die AKJS erkennt aber auch Potential, die Umsetzung des LAP noch betroffenenorientierter, transparenter und partizipativer zu gestalten. Vor dem Hintergrund der Förderung der o.g. Projekte durch das

Landesdemokratiezentrum (LDZ)/ das MBWFK kann die AKJS besonders zur Kooperation auf dieser Ebene Auskünfte geben und zu anderen Maßnahmen des LAP nur vereinzelt.

Grundsätzlich muss konstatiert werden, dass sich durch den LAP an der Arbeit der hier vertretenen Projekte wenig verändert hat. Der LAP beschreibt also in vielen Teilen Arbeit, die ohnehin bereits stattfindet. Dies kann selbstverständlich auch als Wert an sich gesehen werden, indem er eine Bestandsaufnahme formuliert. Eine nachhaltig strukturelle Förderung dieser und vieler anderer Projekte im Inhaltsbereich des LAP ist bisher weiterhin nicht in Aussicht.

Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen

Ein wesentliches Problem in der konkreten Umsetzung des LAP wird aus Perspektive der AKJS u.a. darin gesehen, dass die Kriterien zur Einbindung von zivilgesellschaftlichen und Präventionsakteur:innen (im Folgenden nur noch Akteure) nicht immer transparent waren. Einerseits ist dabei auffällig, dass die Förderzeiträume von Projekten etwa zum Empowerment von Rassismus betroffenen Menschen teils kurz waren (z.T. nur ein Quartal) und so kaum Antragstellungen und nachhaltige Effekte zu erwarten waren. Längerfristige Projekte, die konkret unter Einbindung der Zivilgesellschaft stattfanden, waren kaum bekannt und sowohl die konkreten Akteur:innen als auch die Inhalte konkreter Projekte mitunter nur schwer zu identifizieren. Es wurde nicht ersichtlich, ob sich der LAP v.a. an verwaltungsinterne Abläufe richtet oder an die Interaktion der Verwaltung mit der Öffentlichkeit. Diese Uneindeutigkeit hat die Kooperation teilweise erschwert.

Andererseits ist bei Projekten wie z.B. in der über die Staatskanzlei zu organisierenden Fortbildungsmaßnahme für Mitarbeitende der Landesverwaltung zum Thema Rassismus (DS 20/1319, S. 19) u.a. nicht plausibel, warum diese unter Einbindung des Verfassungsschutzes realisiert werden soll, der als solcher keinen inhärenten Bildungsauftrag hat, und nicht von bestehenden, darauf spezialisierten Projekten/ Präventionsakteur:innen.

Überdies ist nicht ersichtlich, ob und wie die Einbindung von Betroffenenengruppen und -vertretungen bei der Umsetzung vorgesehen ist. Auch hier fällt auf, dass Ausschreibungen oft sehr kurzfristig veröffentlicht wurden und eine direkte Ansprache von oder Abstimmung mit bereits existierenden Projekten mit dem Themenschwerpunkt Rassismus nach unserem Kenntnisstand nicht erfolgt ist.

Eine weitergehende Verstärkung positiver Effekte im Sinne des Empowerments von Rassismus betroffener Menschen oder auch die weitergehende Fortbildung von Multiplikator:innen in weiteren gesellschaftlichen Bereichen kann aus dem Bericht nicht gelesen werden oder ist zumindest nach außen nicht klar. Stattdessen fehlt es z.B. weiterhin an einer gut ausgebauten Beschwerdestruktur für rassistische Vorfälle an Schulen, wie es sich beispielsweise bereits in Berlin mit der Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) gibt oder auch Wege, Empowerment-Projekte für von Rassismus betroffenen Schüler:innen langfristig anbieten zu können.

Die Arbeit findet oft freiberuflich statt, sodass eine Professionalisierung in den Verantwortungsbereich der Empowerment Trainer:innen übertragen und die Finanzierung oft den Schulen oder Partnerschaften für Demokratie überlassen wird. Bereits in der Grundkonzeption des LAP fehlen also aus Sicht der AKJS entscheidende Perspektiven, die nachträglich eingebunden werden könnten.

Die Einrichtung des Runden Tisches „jüdisches Leben und gegen Antisemitismus“ unter dem Namen „Shalom&Moin“ wird aus Perspektive der AKJS in jeder Hinsicht begrüßt und unterstützt, ja sie ist als Präventionsfachstelle sogar Teil dieses Tisches, was die Sichtweise der Einrichtenden unterstreicht, dass präventiv-pädagogische Maßnahmen zum Schutz, zur Befähigung und zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen auch hier notwendig sind. Die begriffliche Einordnung von Antisemitismus in den Themen- und Problemkontext Rassismus wird, solange der auf S. 30 angesprochene eigene Prozess zur Erstellung

eines Landesaktionsplans gegen Antisemitismus nicht abgeschlossen ist, als Zwischenlösung akzeptiert. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, dass dies aus Perspektive der aktuellen Antisemitismusforschung (vgl. Rensmann, Lars 2021: Die ‚Jerusalem Erklärung‘. Eine Kritik aus Sicht der Antisemitismusforschung, in: <https://www.belltower.news/die-jerusalem-erklaerung-eine-kritik-aus-sicht-der-antisemitismusforschung-116093/>, Zugriff 4.12.2023) langfristig durchaus als problematisch betrachtet werden kann, da es Potentiale zur Relativierung im Sinne seiner Eigenständigkeit und Komplexität anbietet.

Insgesamt werden Probleme bzgl. der Ausgestaltung des LAP aus Perspektive der AKJS besonders auf der Ebene der Gewährleistung von Transparenz und hinsichtlich der konzeptionellen Kohärenz gesehen, die den konkreten Maßnahmen zugrunde liegen könnte. Der zu Beginn des Berichts beschriebene Einbezug von Zivilgesellschaft erschöpfte sich in zwei Dialogveranstaltungen der im systematischen Aufnehmen bestehender Projekte bzw. bereits im Feld tätiger Projekte bestand, nicht jedoch in der Nutzung der darin vorhandenen Expertise. Insgesamt hinterlässt die Umsetzung des LAP in der Grundintention den Eindruck sehr stark verwaltungsinterne Relevanzen zu erzeugen aber wenige Effekte in die direkte Umwelt der Verwaltung auszustrahlen. So hätte der LAP z.B. bei einer Landesdemokratiekonferenz thematisiert werden können, um die Synergieeffekte der versammelten landesweiten Akteur:innen im Feld Demokratieförderung und Rassismuskritik zu nutzen. Den Akteur:innen war teilweise nicht ersichtlich, dass sie Beiträge liefern, die im Rahmen des LAP abgefragt wurden. Sie wären aber aufgrund der finanziellen Ausstattung durch das LDZ ohnehin geliefert worden.

Die *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBT)* sind ein Projekt in Trägerkooperation von Aktion Kinder- und Jugendschutz SH e.V. und Arbeiterwohlfahrt SH e.V., das im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* sowie vorangegangenen Bundesprogrammen im Kontext, seit mehr als 10 Jahren aktiv ist. Sie bieten eine hohe Expertise im Themenfeld Rechtsextremismus und bieten u.a. Bildungsarbeit zur Reflexion von Ideologien der Ungleichwertigkeit an, zu denen etwa Rassismus, aber auch Antisemitismus u.v.m. zählen. Sie arbeiten seit vielen Jahren auf dem neuesten Stand der Forschung zum Thema.

Demokratiebildung

Demokratiebildung wird als wichtiger Baustein im Bereich (frühe) Bildung und politische Bildung im LAP aufgeführt. Wir verstehen dies als Bestätigung auch unserer Perspektive, dass Prävention als wichtigste Aufgabe bei der Rassismusbekämpfung auch früh im Leben beginnen muss. Engagement für Demokratie und Vielfalt, wie im Bundesprogramm *Demokratie leben!* genannt, sollte zum einen selbstverständlich sein und ist zum anderen eine eindeutige Positionierung gegen Rassismus und Diskriminierung. Erst die gleichberechtigte Verhandlung des Zusammenlebens und der Vielfalt in einer Gesellschaft stärkt eine Demokratie nachhaltig. In der vorliegenden Einschätzung der AKJS als speziell seit 2013 geförderte Fachstelle für Demokratiepädagogik (Fachstelle) sollte in der Umsetzung des LAP die Bedeutung von Demokratiebildung als aktive Gestaltungsform mehr Gewicht bekommen. Demokratiebildung ist ein wesentlicher Faktor, um Menschen demokratisches Handeln und demokratische Werte nahezubringen. Hier geht es unter anderem um Gestaltung von Diskurs- und Aushandlungsräumen, um die Fähigkeit, sich eine Meinung zu bilden, sich einzubringen und um Engagement; alles Fähigkeiten, die für die Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft und dem damit verbundenen antirassistischen Weltbild notwendig sind. Es haben mehrere Veranstaltungen zu demokratischer Schulkultur in breiter Kooperation vom Bildungsministerium gemeinsam mit verschiedenen Akteur:innen der Zivilgesellschaft stattgefunden. Hierzu besteht eine breite Vernetzung im Land, u.a. im Bereich der Jugendbeteiligung. Weiterhin fehlt ein Blick auf außerschulische Jugendbildungsformate im Hinblick auf ihre Rolle bei der Demokratiebildung

und rassismuskritischer Aufklärungsarbeit. Das Thema Demokratiebildung –im hier beschriebenen Sinne – müsste in der Praxis und in Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften ausgeweitet und tiefer verankert werden. Dass die Akteur:innen teilweise mit Mitteln ausgestattet werden, ermöglicht zwar erst ihre Arbeit, aber es bedarf auch ihrer Einbindung, um ihre Perspektiven und Expertisen verwertbar zu machen.

Die Bedeutung von Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Verantwortungsübernahme durch Partizipation und Mitbestimmung ist belegt. Ein besonderer Blick liegt auch auf der Stärkung der Teilhabe verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Auch Medienkompetenz spielt eine elementare Rolle, um beispielsweise Fake News zu erkennen und sich eine umfassende Meinung bilden zu können. Demokratiebildung stellt dabei einen eigenen Wert dar und ist nicht nur in seiner präventiven Wirkung gegen menschenverachtende Haltungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit einzuordnen.

Landeskoordination Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage

Die Landeskoordination für das Projekt Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage (SoR-SmC) liegt seit dem Jahr 2000 in der Hand der Aktion Kinder- und Jugendschutz SH e.V.. Gestartet mit zwei Schulen ist es mittlerweile auf 127 Schule angewachsen.

Das MBWFK kofinanziert seit 2021 zusammen mit dem Landespräventionsrat überjährig die Landeskoordination SoR - SmC (DS 20/1319, S. 15) Damit ist auch das Netzwerk SoR - SmC gefördertes Projekt und Teil des LAP und konnte in den vergangenen Jahren weitere strukturelle Entwicklungen aufgrund seiner stetig wachsenden Anzahl an beteiligten Schulen vornehmen.

Das Netzwerk besteht neben der Landeskoordination aus mittlerweile 10 Regionalkoordinationen, die nach Kreisstruktur in den Regionen Ansprechpartner:innen für die Schulen vor Ort sind. Es sind unterschiedliche Träger:innen (Gedenkstätten, Jugendbildungsstätten, Jugendschutz der Kreise, Vereine), die das Projekt im Rahmen ihre Möglichkeiten mittragen. Der qualitative Ausbau des Netzwerkes ist eng gebunden an die personelle Ausstattung in allen Ebenen.

Kolonialismus

Das Thema Kolonialismus bildet einen Schwerpunkt im Handlungsfeld „Demokratiebildung und rassismuskritische Aufklärungsarbeit im Bereich (frühe) Bildung und politische Bildung“ innerhalb des Landesaktionsplans.

Die Landesregierung erkennt darin an, dass Schleswig-Holstein als Teil des deutschen Kaiserreichs personell, politisch und ideell in das Kolonialgeschehen eingebunden war. Den Schulen kommt bei der Vermittlung der Kolonialgeschichte eine zentrale Rolle zu. (DS 20/1319, S.25)

Als weiteres Thema im Handlungsfeld „Demokratiebildung und rassismuskritische Aufklärungsarbeit im Bereich (frühe) Bildung und politische Bildung“ wurde innerhalb des LAP das Thema „Rassismuskritische und diversitätsorientierte Bildung und Demokratiebildung in der Schule“ aufgegriffen.

Es wird anerkannt, dass die Schule der zentrale Ort ist, wenn es um die Vermittlung von Wissen geht. Entsprechend kommt ihr auch bei der Demokratiebildung und rassismuskritischen Aufklärungsarbeit eine besondere Verantwortung zu. (S.27)

Als Punkt 23 des LAP wurde das LDZ beauftragt, einen Facharbeitskreis zum Thema Kolonialismus einzurichten. Wir haben keine Kenntnis über den aktuellen Sachstand oder die geplante Zusammensetzung und Zielrichtung dieses Facharbeitskreises. Die Akteur:innen im Themenfeld haben sich, so unser Eindruck, jedoch mittlerweile vielfältig miteinander vernetzt. Insgesamt würde diese Arbeit aber von mehr finanzieller Förderung und einer regelmäßigeren Vernetzung profitieren.

Die AKJS nimmt im Kontext Schule vor allem die Perspektive eines außerschulischen Trägers ein, der anders als das IQSH neben pädagogischen Lernsettings auch einen lebensweltlichen Bezug für Schüler:innen herstellen und somit innovative Ansätze umsetzen kann. In diesem Zusammenhang wurde 2022 von der AKJS die „Austauschplattform Kolonialismus in pädagogischen Lernsettings“ ins Leben gerufen. Hier setzen sich Akteur:innen aus Universitäten, Museen und Bildungseinrichtungen mit Themenstellungen wie beispielsweise Erinnern in der Einwanderungsgesellschaft oder rassismuskritisches Lernen auseinander. Zu dieser Austauschplattform wurde auch das LDZ eingeladen, um den Beteiligten den LAP im konkreten Bezug auf Kolonialismus näherzubringen. Der Träger sieht sich hier vor allem als Ermöglicher und Vernetzer von Zivilgesellschaft, Schule, Universität und Prävention und tut dies im Rahmen der projektierten Aufgaben der Fachstelle Demokratiepädagogik.

Internationale Wochen gegen Rassismus

Die AKJS beteiligt sich mit ihren Projekt-Angeboten regelmäßig an Formaten im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Hierbei arbeitet sie auch im entsprechenden Facharbeitskreis mit. Hier ist die Bündelung der Veranstaltungen durch das LDZ positiv hervorzuheben. Ein Programm vom Land für die Vielzahl an Veranstaltungen gibt den Wochen ein besonderes Gewicht. Allerdings ist aus Rückmeldungen bekannt, dass die öffentliche und v.a. innerschulische Bekanntmachung noch ausbaufähig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Iris Janßen
Vorstandsvorsitzende AKJS SH

Ria Lissinna
Geschäftsführerin AKJS SH